

POLITISCHE ABTEILUNG I

Bern, 26. Juni 1990

p.B.75.77. - WOK/IFH

an	SWB	CAN			a/st
Datum	27.6	5.7			
Viss	✓	✓			
EDA	26.06.90			18	
Ref.	0.132.30(1)				

Notiz an den Departementsschef

Osteuropa, G-24-Ministerkonferenz vom 04.07.1990,
Sowjetunion, Rumänien

1. Mit Blick auf unseren Antrag an den Bundesrat vom 20.06.1990 "Ministerkonferenz der G-24 (Osteuropa)", der dem Bundesrat morgen Mittwoch, 27.06., vorliegen wird, haben wir noch folgende Zusatzinformationen zusammengestellt; diese beziehen sich grösstenteils auf Ereignisse seit Abfassung des Antrages und werden darin nicht erwähnt.

2. Rumänien

Die Haltung der EG gegenüber Rumänien verhärtet sich laufend in der Folge der jüngsten Ereignisse. Sehr wahrscheinlich wird der rumänische Aussenminister - zusammen mit seinen sechs Kollegen aus den osteuropäischen Reformländern (PL, H, CSFR, DDR, BUL, YUG) eingeladen, am Vormittag des 04.07.1990 zur Ministerkonferenz zu sprechen - nun wieder ausgeladen und Rumänien formell aus dem Kreis der Aktion "Phare" (Unterstützung im Rahmen der G-24) ausgeschlossen.

Mit der im Antrag dargestellten **Konditionalität** unserer Hilfe an Osteuropa liegen wir im Falle Rumäniens genau richtig: Da wir ausser etwas humanitärer Hilfe via Katastrophenhilfskorps keine Unterstützung für Rumänien vorgesehen haben, stellt sich nun für uns auch die Frage nicht, was gegebenenfalls eingestellt werden müsste.

Es bleibt zu erwähnen, dass die Schweiz sich innerhalb der EFTA dafür einsetzt, auf ein kürzlich eingetroffenes rumänisches Kontaktgesuch mit der EFTA sei vorläufig negativ zu reagieren.

3. Sowjetunion

3.1. Die Sowjetunion gehört **nicht** in den Kreis der ostmittel-europäischen Reformländer, welche in die Aktion "Phare" einbezogen sind. Sie wurde bislang - z.B. in der Erklärung der ersten Ministerkonferenz vom 13.12.1989 - nur am Rande erwähnt. Indes hat die katastrophale Wirtschaftslage in diesem Land dazu geführt, dass der Gedanke einer - gegebenenfalls umfangreichen - Aktion zugunsten der UdSSR bereits breit diskutiert wird. Am gestern und heute Dienstag stattfindenden EG-Gipfel in Dublin soll nach ersten Angaben über ein Hilfspaket von US\$ 15 - 20 Mia. beraten werden. Eine solche Aktion könnte anschliessend anlässlich des Wirtschaftsgipfel der G-7 in Houston (09.07.1990) politisch lanciert werden, zweifelsohne mit einer Einladung an weitere potentielle Geberländer wie die Schweiz.

3.2. Im Sinne einer ersten und groben Beurteilung spricht **für** eine internationale Aktion zugunsten der UdSSR :

- . die auslösende Funktion der UdSSR und Gorbatschows bei den osteuropäischen Revolutionen;
- . die Auswirkung eines sowjetischen Wirtschaftskollaps auf Osteuropa;
- . Präventivmassnahme gegen zukünftige sowjetische Wirtschaftsflüchtlinge Richtung Westen.

Gegen eine solche Aktion kann eingewendet werden :

- . falls die für die Länder Ostmitteleuropas geltende Konditionalität angewendet wird, würde sich die UdSSR höchstens für punktuelle Hilfe qualifizieren; dies da weder im politischen noch wirtschaftlichen Bereich genügende Reformgrundlagen bestehen;
- . angesichts der Bedürfnisse müsste andererseits eine Aktion eine sehr hohe kritische Masse erreichen, um überhaupt Auswirkungen zu haben;
- . Unterstützung würde an ein Land geleistet, das weiterhin hohe Beträge für Rüstung und Prestigeprojekte (Raumfahrt) ausgibt; nicht zuletzt innenpolitisch ist dies schwerer verkaufbar als Hilfe an Ostmitteleuropa.

3.3. Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, in Brüssel bereits eine endgültige **schweizerische Beurteilung** abzugeben oder gar Verpflichtungen einzugehen. So wie Ihre Erklärung anlässlich der letzten Ministerkonferenz der G-24 mit der Erwähnung der sowjetischen Schlüsselrolle im Rahmen der Revolutionen in Osteuropa begann, müsste aber wohl die Sowjetunion in der schweizerischen Erklärung angesprochen werden, im Sinne der Bereitschaft, an der entsprechenden internationalen Diskussion aktiv teilnehmen zu wollen. Wir werden in den Entwurf zu einer Erklärung von Ihnen einen entsprechenden Passus aufnehmen.

Zu erinnern ist schliesslich an eine bevorstehende (2. Woche Juli) sowjetische Expertenmission in die Schweiz, wo Ideen über Art und Umfang schweizerischer Unterstützung in den Bereichen Politik (Staatsbürgerkunde), Wirtschafts-know-how (Klein- und Mittelbetriebe) sowie Rechtsangleichung diskutiert werden sollen. Dies im Anschluss an die verschiedenen schweizerisch-sowjetischen Gespräche auf politischer Ebene.

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.V.



Daniel Woker

Kopien : - Staatssekretär
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Politisches Sekretariat
- DIO
- SIN, WOK, FRI, PR
- BAWI, Botschafter Arioli
- Mission Brüssel (per Fax)